

**Protokoll der öffentlichen Sitzung des Beirates Walle vom 06.10.2015
im Ortsamt West, Waller Heerstr. 99, 28219 Bremen**

Beginn der Sitzung: 19.00h
Ende der Sitzung: 22.00h

Nr.: XII/02/15

anwesend sind:

Frau Comelia Barth	Herr Ingo Lenz
Herr Stefan Bötzel	Herr Franz Roskosch
Herr Jürgen Diekmeyer	Herr Manfred Schäfer
Frau Cecilie Eckler- von Gleich	Herr Dr. Karsten Seidel
Herr Wolfgang Golinski	Herr Jörg Tapking
Frau Brigitte Grziwa-Pohlmann	Herr Gerald Wagner
Frau Petra Fritsche-Ejemole	Herr Dr. Peter Warnecke
Herr Gerald Höns	Frau Nicoletta Witt
Herr Hans-Dieter Köhn	

Gäste:

Frau Anja Stahmann - Senatorin für Soziales, Frauen, Jugend, Integration und Sport

Die Beratung folgender Tagesordnung wird einstimmig beschlossen:

TOP 1: Genehmigung des Protokolls Nr.: XII/01/15 vom 22.06.2015

TOP 2: Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen

hier: Aktuelle Situation in Walle

dazu: Frau Senatorin Anja Stahmann / Soziales, Frauen, Jugend, Integration, Sport

TOP 3a: Neubesetzung von Fachausschusssitzungen

TOP 3b: Anträge, Anregungen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten

a) aus der Bevölkerung b) aus dem Beirat

TOP 4: Wahl eines/r Migrationsbeauftragten

TOP 5: Bericht des Beiratssprechers

TOP 6: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

TOP 1: Genehmigung des Protokolls Nr.: XII/01/15 vom 22.06.2015

Das Protokoll wird einstimmig beschlossen.

TOP 2: Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen

Die Senatorin berichtet über Anzahl und Ankommen von Flüchtlingen in Bremen. Täglich werden ca. 100 Erwachsene/Kinder und 20-30 unbegleitete minderjährige Jugendliche erwartet, die adäquat untergebracht werden müssen. Unter diesen sind auch viele unregistrierte Flüchtlinge. Zur Zeit gibt es 23 Standorte in Bremen, die für die Vielzahl der Flüchtlinge aber nicht ausreichen. Sowohl die katholische als auch die evangelische Kirche prüfen eine Freigabe einiger ihrer Immobilien. Die Wohnungsbaugesellschaften stellen Wohnungen zur Verfügung. Gespräche über die Anmietung eines Wohnschiffes laufen bereits. Alle BremerInnen sind aufgefordert, geeignete Wohnungen und mögliche neue Standorte zu benennen. Es muss weiterhin dringend für große Unterkünfte gesorgt werden. So hat der

Senat kürzlich beschlossen, den Zugriff auf leerstehende große Gebäude gesetzlich zu regeln.

Neben den fehlenden Unterkünften, sind auch Betten, Dusch- und Toilettenanlagen aufgrund der hohen Nachfrage in Deutschland und Europa schwer zu erhalten. Inzwischen wird eng mit der Bundeswehr kooperiert, die auf katastrophenähnliche Situationen eingestellt ist, z.B. Erweiterung des ärztlichen Angebots, Sammlung von Hilfsgütern etc. Die Unterbringung von Flüchtlingen in Zelten, und noch weniger in Sporthallen, wird von niemandem gutgeheißen. Die ehemals gesetzten Standards können längst nicht mehr eingehalten werden. Der Brandschutz und die Bereitstellung von Toiletten und Duschen sind auf jeden Fall einzuhalten. Die Wohlfahrtsverbände finden kaum noch Personal, um die Betreuung von Flüchtlingen an neuen Standorten sicherzustellen. Die Organisation von Schul- und Kitaplätzen wird immer schwieriger. Viele Ärzte engagieren sich ehrenamtlich, um die Gesundheitsversorgung zu ergänzen. Eine Einrichtung ist ausschließlich Frauen vorbehalten. Hier wird eng mit den bremischen Frauenhäusern zusammengearbeitet.

In Walle werden derzeit ca. 800 Flüchtlinge in Mobilbauten, Zelten, einem Hostel und einer Sporthalle untergebracht. Damit kommen auf jeweils 1.000 Waller EinwohnerInnen 27,8 Flüchtlinge und 2,2 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. In der Überseestadt werden zum Dezember winterfeste Zelte aufgebaut. Ob die „Sommer“zelte stehen bleiben, ist noch nicht abzusehen. Es ist durchaus möglich, dass diese Zelte, die auch zu beheizen sind, noch gebraucht werden. Wann die Sporthalle wieder dem Sport zur Verfügung stehen wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorhersagbar. Hier soll mit Trennwänden noch nachgebessert werden. Weitere Standorte werden sein: ehemaliges Zollamt, Port-Hotel in der Überseestadt. Das ehemalige Schulgebäude in der Elsflether Straße könnte als Erweiterung der Allgemeinen Berufsschule genutzt werden. Aus den Reihen des Beirates werden als mögliche Standorte das ehemalige Telekom-Gebäude an der Utbremer Straße und das ehemalige Post-Verwaltungsgebäude an der Holsteiner Straße genannt. Die Senatorin verspricht die Prüfung dieser Objekte.

Für Flüchtlinge, die keine Aussicht auf einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland haben, gibt es eine Rückkehrberatung. Der Königsteiner Schlüssel soll voraussichtlich in den nächsten Monaten auch auf unbegleitete minderjährige Flüchtlinge angewandt werden. Für die Kosten werden Bundesmittel zur Verfügung gestellt, die aber nicht ausreichend sind. Für den Bremer Haushalt stellen die Kosten eine schwere Belastung dar.

- In diesem Rahmen steht der Antrag der SPD mit Änderungsvorschlägen der Fraktion DIE LINKEN zu „Nachhaltige Hilfe für Flüchtlinge in Bremen“ zum Beschluss und wird ohne den Satzteil unter Punkt 2. „mit einer Quote von deutlich über 50%“ einstimmig verabschiedet (Anlage 1).
- Weiterhin steht der Antrag der Fraktion DIE LINKEN zu „Negative Auswirkungen für den Stadtteil verhindern, Asylrechtsverschärfung ablehnen“ zur Diskussion. Der von der SPD-Fraktion gestellte Antrag auf Nichtbefassung wird mit 12 Zustimmungen und 5 Gegenstimmen beschlossen (Anlage 2).
- Ein weiterer Antrag der Fraktion DIE LINKEN zu „Turnhallen dürfen keine Notunterkünfte bleiben! Sie werden für Sport gebraucht!“ wird mit 9 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt (Anlage 3).

TOP 3a: Neubesetzung von Fachausschusssitzungen

Die AFD beabsichtigt die Besetzung des Fachausschusses „ Soziales, Kinder, Jugend, Senioren und Migration“ mit ihrem Vertreter Herrn Uwe Fastenau. Der Beirat stimmt dem Antrag mit 3 Gegenstimmen zu.

TOP 3b: Anträge, Anregungen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten

a) aus der Bevölkerung

- Aus Zeitgründen ist die Behandlung des TOPs nicht möglich.

b) aus dem Beirat

- Antrag der AfD zu „Geschlechtergerechte Sprache“: der Antrag wird im Fachausschuss „Soziales, Kinder, Jugend, Senioren und Migration“ behandelt (Anlage 4). Zustimmung.
- Antrag der AfD zu „Seitennummerierung der Projekt-Akten des Ortsamtes West“ (Anlage 5): hierzu erklärt die Vorsitzende, dass es sich hier um eine innerbetriebliche Angelegenheiten des Ortsamtes West handelt und der Beirat keine Befugnis hat, hierzu Beschlüsse zu fassen. Der Beirat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und schlägt von sich aus den Antrag auf Nichtbefassung vor, dem mit 2 Gegenstimmen zugestimmt wird.
- Antrag der BIW zu „Drehzahlregulierung zur Lärmreduzierung der Windkraftanlagen im Blockland“ (Anlage 6): der Antrag wird im Fachausschuss „Bau, Umwelt und Verkehr“ behandelt. Zustimmung.
- Restliche Globalmittel 2015: Die Fraktionen werden sich über die Verwendung der restlichen Globalmittel 2015 verständigen.

TOP 4: Wahl eines/r Migrationsbeauftragten

Der Beirat verständigt sich darauf, die Querschnittsaufgabe Migration einem/einer KoordinatorIn zu übertragen. Frau Petra Fritsche-Ejemole wird vorgeschlagen und mit 4 Enthaltungen gewählt. Sie nimmt die Wahl an.

TOP 5: Bericht des Beiratssprechers

Aus Zeitgründen ist die Behandlung des TOPs nicht möglich.

TOP 6: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

Aus Zeitgründen ist die Behandlung des TOPs nicht möglich.

Vorsitzende/Protokoll

Sprecher

- Ulrike Pala -

- Wolfgang Golinski -

Anlagen